



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
20. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.08.2019
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:14 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Peter Petereit- SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD	
Birte Duggen- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Thorsten Fürter- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	anwesend bis 18:33 Uhr, TOP 15.16
Dagmar Hildebrand- CDU	
André Kleyer- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Ulrich Krause- CDU	
Ragnar Harald Lüttke- Die Linke	Vertretung für: Zunft, Katja
Thomas Misch- FREIE WÄHLER & GAL	
Oliver Prieur- CDU	
Thomas Rathcke- FDP	
Peter Reinhardt- SPD	
Bernhard Simon- CDU	
Heiko Steffen- AfD	Vertretung für: Herrn Jenniches, David
Detlev Stolzenberg- Die Unabhängigen	
Dr. Axel Flasbarth- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis 18:33 Uhr als Mitglieder der Bürgerschaft; ab 18:33, TOP 15.16 anwesend als Vertretung für: Fürter, Thorsten
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Lothar Möller- BfL	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Michelle Akyurt- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	anwesend bis 18:33 Uhr, TOP 15.16
Bruno Hönel- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Antje Jansen- FREIE WÄHLER & GAL	
1. Stellv. Stadtpräsident Klaus Puschadel- CDU	

Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau- FB 1 - Bürgermeister	
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen- FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth- 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tatjana Voskuhl- 1.300 Recht	
Julia Graf-	
Tim Klüssendorf- 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Bernd Hatscher- 4.416 Stadtbibliothek	
Dennis Bunk- 5.651 Gebäudemanagement	
Piroska Csösz- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Ralf Kuschmierz- FBC FB 2	
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Hartmut Müller- 1.102 Logistik, Statistik und Wahlen	
Protokollführung	
Andrea Lange- FBC FB 1	
Sonstige Personen	
Jürgen Cladow- Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
David Jenniches- AfD	- entschuldigt -
Katjana Zunft- Die Linke	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.08.2019
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Landstromanlage im Hafen Vorlage: VO/2019/07988
3.2.	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie Vorlage: VO/2019/07998
3.3.	Antwort auf die mdl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Ausgaben für Radwege Vorlage: VO/2019/07962
3.4.	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): GVFG-Fördermittel für Radwege Vorlage: VO/2019/08084
3.5.	Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Notwendige Informationen zum Abschluss von Mietverträgen Vorlage: VO/2019/08088
3.6.	NEU: mündl. Anfrage des AM Simon (CDU) betr. mögliche Bebauung Kohlenhofspitze
3.7.	NEU: mündl. Anfrage des AM Thorsten Fürter(BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) betr. E-Roller in umliegenden Gewässern
3.8.	NEU: Anfrage des stellv. AM Dr. Axel Flasbarth (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) betr. Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd
4.	Berichte
4.1.	Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen Vorlage: VO/2019/07875
4.2.	Zentraler Stellenpool Vorlage: VO/2019/07879
4.3.	Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2019 - 1. Halbjahr Vorlage: VO/2019/07938

5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht (Geschäftszeit 01.04.2020 bis 31.03.2025) Vorlage: VO/2019/07876
5.2.	Entsendung in die Trägerversammlung des IT-Verbands Schleswig-Holstein (ITVSH) Vorlage: VO/2019/07923
5.3.	Bestellung eines Rechnungsprüfers Vorlage: VO/2019/07977
5.4.	Festlegung des Vermarktungskonzepts Teilbereich I im Neubaugebiet B-Plan - 07.44.00 - Am Ährenfeld / Johannes-Kepler-Quartier Vorlage: VO/2019/07713
5.5.	Projektfreigabe zur Umsetzung der Erneuerung des Steg G im Passat-Hafen, Priwallpromenade in 23570 Lübeck über 175.000,00 Euro Vorlage: VO/2019/07616
5.6.	Preistarif für die Museen der Hansestadt Lübeck ab 2020 Vorlage: VO/2019/07872
5.7.	Annahme einer Zuwendung der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck zugunsten der 61. Nordischen Filmtage Lübeck Vorlage: VO/2019/07929
5.8.	Projektfreigabe zur Umsetzung der "Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit an den Lübecker Schulen über 175.000 Euro Vorlage: VO/2019/07946
5.9.	Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018 Vorlage: VO/2019/07824
5.10.	Mobilitätskonzept Travemünde Vorlage: VO/2019/07291
5.10.1.	Änderungsantrag des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) zu VO/2019/07291: "Mobilitätskonzept Travemünde" Vorlage: VO/2019/07291-02
5.10.2.	Änderungsantrag des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen) zu VO/2019/07291: Mobilitätskonzept Travemünde Vorlage: VO/2019/07291-05
5.11.	Vorgaben Wettbewerb Schlachthof Vorlage: VO/2019/07765

5.12.	Rahmenplan Innenstadt mit Mobilitätskonzept Vorlage: VO/2019/07798
5.13.	Freigabe zur Fortsetzung des Projektes "Berufsschulzentrum Georg-Kerschensteiner-Straße, Sanierung Brandschutz und LED-Beleuchtung, Georg-Kerschensteiner-Straße 25-29 in 23554 Lübeck, aufgrund einer Überschreitung der Projektkosten von >175.000 EUR des veranschlagten Gesamtbudgets Vorlage: VO/2019/07934
5.14.	Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019 für das Projekt Albert-Schweitzer-Schule Vorlage: VO/2019/07940
5.15.	Richtungsentscheidung für das weitere Vorgehen beim Parkhaus Holstentor Vorlage: VO/2019/07944
5.16.	Anmietung: Einsiedelstraße 6, 23554 Lübeck - Öffentlicher Teil -
5.17.	Feuerwehrgerätehäuser Kronsforde und Groß Steinrade - Öffentlicher Teil -
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
7.1.	Antrag des Ausschussmitglieds Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kommunales Crowdfunding Vorlage: VO/2019/08005
8.	Gleichstellung
9.	Verschiedenes
10.	Ende des öffentlichen Teils
16.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und erklärt zunächst die Handhabung der zu Testzwecken heute aufgebauten Mikrofonanlage.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

Öffentlicher Teil

NEU

TOP 3.4/VO 8084 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): GVFG-Fördermittel für Radwege

NEU

TOP 3.5/VO 8088 Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Notwendige Informationen zum Abschluss von Mietverträgen

NEU

TOP 5.10.2/VO 7291-05 Änderungsantrag des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen) zu VO/2019/07291: Mobilitätskonzept Travemünde

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Tagesordnungspunkten und Vorlagen erforderlich ist.

Herr Stolzenberg macht den Verfahrensvorschlag, dass im nichtöffentlichen Teil darüber beraten wird, ob die TOP 14.7 und 14.8 öffentlich beraten werden können.

Der Hauptausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme) zu.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der weiteren für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 11 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme) der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 12 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.2 zu.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 14.1 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 14.2 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 14.3 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 14.4 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 14.5 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 14.6 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 14.9 zu.***

Herr Prieur beklagt, dass zu den TOP 5.10, 5.11 und 5.12 die im Bauausschuss geändert beschlossenen Beschlussvorlagen nicht in ALLRIS sichtbar sind. Der Vorsitzende gibt bekannt, dass er hierzu bereits mit der Verwaltung in Gesprächen ist. Ziel wird es sein, den Wortlaut der in den Fachausschüssen geändert beschlossenen Vorlagen dem Hauptausschuss vorab zur Kenntnis zu geben.

Frau Hagen erläutert, warum die Protokollführung im Bauausschuss nicht zeitnah erfolgen kann.

**Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis**

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.08.2019

In der Niederschrift wurde der TOP 7.1.1 versehentlich Herrn Stolzenberg zugeordnet, dies ist zwischenzeitlich korrigiert und richtigerweise Herrn Steffen zugeschrieben worden.

Herr Dr. Flasbarth bittet zu Top 3.8 der Niederschrift um folgende Ergänzung:

Im Rahmen der Diskussion äußert Herr Reinhardt gegenüber Herrn Fürter „Halt den Mund“. Herr Dr. Flasbarth beantragt eine Ordnungsrüge gegen Herrn Reinhardt. Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass er auf Zuruf keine Rüge erteilen werde. Der Vorsitzende bittet Herrn Reinhardt sich mit solchen Äußerungen zurück zu halten. Bei erneuter unangemessener Äußerung werde er dieses Verhalten nicht weiter dulden.

***Der Hauptausschuss nimmt die
Niederschrift in der geänderten Fassung
mehrheitlich (1Gegenstimme) zur Kenntnis.***

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Landstromanlage im Hafen
Vorlage: VO/2019/07988**

Herr Schindler teilt mit, dass die Beantwortung der Anfrage zuständigkeithalber an die Stadtwerke gegeben wurde. Nach Erhalt einer Antwort wird diese dem Hauptausschuss vorgelegt.

Herr Rathcke weist darauf hin, dass nach seiner Kenntnis die Anlage im Eigentum der LHG sei. Diese sollte in die Beantwortung einbezogen werden.

***Der Hauptausschuss nimmt die
Anfrage zur Kenntnis.***

**zu 3.2 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie
Vorlage: VO/2019/07998**

Es sprechen – zum Teil mehrfach – Herr Dr. Flasbarth, Herr Prieur, Herr Fürter, der Vorsitzende und Bürgermeister Lindenau.

Bürgermeister Lindenau sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass die Verwaltung derzeit an einer Vorlage zur Digitalen Strategie, die für den Januar 2020 vorgesehen ist, arbeitet. Aus dieser Vorlage werden sich die weitere Vorgehensweise und auch weitere Schritte ergeben. Außerdem erläutert er den Prozess, wie mit Fragen in Ausschüssen in der Verwaltung umgegangen wird.

Zudem bittet Bürgermeister Lindenau nochmals, Fragen von Ausschussmitgliedern zukünftig schriftlich einzureichen.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.3 Antwort auf die mdl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Ausgaben für Radwege
Vorlage: VO/2019/07962**

Herr Dr. Flasbarth äußert seine Enttäuschung darüber, dass die schon knappen Mittel für Radwege nicht ausgeschöpft werden und ergänzt seine Anfrage dahingehend:

1. Welche vorbereitenden Maßnahmen werden von der Verwaltung getroffen, dass dies zukünftig nicht mehr geschieht?
2. Welche Möglichkeiten bestehen schon vorgegreifende Planungen durchzuführen, um bei freien Mitteln sofort handeln zu können?

***Der Hauptausschuss stellt die
Kenntnisnahme bis zum Vorliegen
der ergänzten Antwort zurück.***

zu 3.4 **Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): GVFG-Fördermittel für Radwege**
Vorlage: VO/2019/08084

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine schriftliche Beantwortung der Anfrage erfolge.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.5 **Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Notwendige Informationen zum Abschluss von Mietverträgen**
Vorlage: VO/2019/08088

Der Vorsitzende teilt mit, dass eine Beantwortung schriftlich erfolgen wird.

Dazu sprechen Herr Stolzenberg, Herr Dr. Flasbarth und Herr Fürter.

Herr Dr. Flasbarth bittet um ergänzende Beantwortung, ob zukünftig die Umbaukosten bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung separat ausgewiesen werden können.

Herr Fürter stellt ergänzend folgende Anfrage:

1. Gelten bei dem Abschluss von Mietverträgen auch Wertgrenzen für Zuständigkeitsabstufungen bei Entscheidungen durch Bürgermeister, Hauptausschuss und Bürgerschaft?
2. Wie ist das Verfahren in den anderen kreisfreien Städten?

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.6 **NEU: mündl. Anfrage des AM Simon (CDU) betr. mögliche Bebauung Kohlenhofspitze**

Herr Simon bittet um Beantwortung welche rechtlichen und finanziellen Auswirkungen bei Nichtbebauung der Kohlenhofspitze eintreten würden.

Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

***Der Hauptausschuss nimmt
die Anfrage zur Kenntnis.***

zu 3.7 **NEU: mündl. Anfrage des AM Thorsten Fürter(BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) betr. E-Roller in umliegenden Gewässern**

Herr Fürter bittet um Beantwortung der Frage, ob die Fa. VOI als Eigentümer für die Kosten der Bergung in die Verantwortung genommen wird.

Herr Hinsen teilt, mit, dass er bisher keine Kenntnis von solchen Vorgängen habe.

Der Vorsitzende bittet um Ergänzung der konkreten Vorfälle.

***Der Hauptausschuss nimmt
die Anfrage zur Kenntnis.***

**zu 3.8 NEU: Anfrage des stellv. AM Dr. Axel Flasbarth (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)
betr. Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd**

Herr Dr. Flasbarth moniert, dass er nicht alle seine Fragen auf seine Anfrage im Hauptausschuss vom 23.04.2019 beantwortet bekommen habe.

Er erwartet weiterhin eine Antwort zu den Fragen:

1. Wann wurde der Bauantrag eingereicht?
2. Lt. Kaufvertrag muss der Bauantrag vollständig und bescheidungsfähig mit dem Gestaltungsbeirat abgestimmt sein. Ist dies erfolgt?
3. Falls es Fristversäumnisse des Investors gibt. Warum hat der Bürgermeister die Chance eines Ausstiegs aus dem Vertrag nicht genutzt?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Bürgermeister durch einen Ausstieg aus dem Kaufvertrag wegen Fristversäumnis die Hansestadt Lübeck besser zu stellen?

Bürgermeister Lindenau erwidert, dass aus Sicht der Verwaltung die Anfrage erschöpfend beantwortet wurde. Der Hauptausschuss hat die Antworten zur Kenntnis genommen. Er sieht die Fragen als eine neue Anfrage.

***Der Hauptausschuss nimmt die
Anfragen zur Kenntnisnahme***

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: VO/2019/07875**

Herr Fürter fragt inwieweit beschlossene und umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen, die später durch neue Bürgerschaftsbeschlüsse aufgehoben wurden, zu kompensieren sind.

Bürgermeister Lindenau beantwortet die Frage dahingehend, dass dies abhängig vom Konsolidierungszeitraum ist. Ggf. sind solche Maßnahmen tatsächlich zu kompensieren. Da die HL aber deutlich mehr zur Konsolidierung beigetragen hat, als nach dem Vertrag notwendig, stellen Kompensationen kein Problem dar.

Beschluss:

Auf der Grundlage der Ziffer 6 der Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfen (§16 a FAG) berichtet die Hansestadt Lübeck jährlich jeweils zum 01.06. des Folgejahres der Kommunalaufsicht als zuständige Kommunalaufsichtsbehörde über die Entwicklung der Finanzlage und den Umsetzungsstand der in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen.

***Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.***

**zu 4.2 Zentraler Stellenpool
Vorlage: VO/2019/07879**

Es sprechen - zum Teil mehrfach – Herr Simon, Bürgermeister Lindenau, Herr Fürter, Frau

Graf und Herr Dr. Flasbarth.

Frau Graf und Bürgermeister Lindenau erläutern, dass der neue Stellenpool zu mehr Flexibilität bei Stellenbesetzungen beitragen soll. Zudem stellt er eine Möglichkeit da, langzeiterkrankte Mitarbeiter: innen wieder an das Arbeitsleben zu gewöhnen, indem den Bereichen für einen begrenzten Zeitraum Budget und Stelle zur Verfügung gestellt werden können. Das Personalkostenbudget der Fachbereiche wird mit Einrichtung des Stellenpools nicht erhöht.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.3	Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2019 - 1. Halbjahr Vorlage: VO/2019/07938
---------------	---

Es sprechen zum Teil mehrfach Bürgermeister Lindenau, Herr Rathcke, Herr Simon und der Vorsitzende.

Die Begründungen für die über- / außerplanmäßigen Bewilligungen sind bei einigen Maßnahmen nicht aussagekräftig.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht (Geschäftszeit 01.04.2020 bis 31.03.2025) Vorlage: VO/2019/07876
---------------	---

Herr Rathcke erklärt sich zu diesem TOP für befangen und verlässt den Raum um 17:19 Uhr.

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der in der Anlage 1 aufgeführten Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht (Geschäftszeit 01.04.2020 bis 31.03.2025) wird zugestimmt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.2	Entsendung in die Trägerversammlung des IT-Verbunds Schleswig-Holstein (ITVSH) Vorlage: VO/2019/07923
---------------	--

Herr Rathcke betritt den Sitzungsraum um 17:20 Uhr wieder.

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Herr Dr. Stefan Ivens, Chief Digital Officer (CDO) der Hansestadt Lübeck, wird als Vertreter der Hansestadt Lübeck in die Trägerversammlung des IT-Verbands Schleswig-Holstein (ITVSH) entsandt.
2. Als stellvertretendes Mitglied wird Frau Linda Schütt, Abteilung Strategie und Innovation der Hansestadt Lübeck, entsandt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.3 Bestellung eines Rechnungsprüfers Vorlage: VO/2019/07977

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Herr Nico Meyer wird gem. § 115 Abs.2 GO zum Rechnungsprüfer ernannt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.4 Festlegung des Vermarktungskonzepts Teilbereich I im Neubaugebiet B-Plan - 07.44.00 - Am Ährenfeld / Johannes-Kepler-Quartier Vorlage: VO/2019/07713

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Für das Neubaugebiet in Lübeck, Am Ährenfeld / Johannes-Kepler-Quartier wird das als Anlage 1 beigefügte Vermarktungskonzept Teilbereich I der KWL GmbH zur Vergabe der im Bebauungsplan 07.44.00 ausgewiesenen Grundstücke für den Reihen- bzw. Doppelhausbau festgelegt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.5 Projektfreigabe zur Umsetzung der Erneuerung des Steg G im Passat-Hafen, Priwallpromenade in 23570 Lübeck über 175.000,00 Euro Vorlage: VO/2019/07616
--

Frau Nachfrage von Herrn Stolzenberg erläutert Bürgermeister Lindenau, dass mit dieser Vorlage bereits der 3. Steg im Passathafen erneuert werden soll. Die Beratungsfolge wurde

nicht verändert. Es erfolgte die Beteiligung des Schul- und Sportausschusses, da der Bereich Schule und Sport Bauherr ist.

Beschluss:

Die Freigabe des Projektes zur Umsetzung der Erneuerung des Steg G im Passat-Hafen wird erteilt.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

zu 5.6 Preistarif für die Museen der Hansestadt Lübeck ab 2020 Vorlage: VO/2019/07872

Herr Lüttke hebt positiv hervor, dass die Preise für Kinder und Jugendliche von der Preiserhöhung ausgeschlossen sind.

Herr Stolzenberg verweist auf die Diskussion im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege und regt einen Bericht zur zukünftigen Steigerung der Attraktivität der Museen und der Preisgestaltung an. Herr Puschadel verweist auf das angekündigte Touristische Entwicklungskonzept, in diesem sollte die Diskussion geführt werden.

Herr Reinhardt ruft einen Grundsatzbeschluss der Bürgerschaft in Erinnerung, wonach eine automatische Preisanpassung nach bestimmten Zeiten erfolgen sollte.

Beschluss:

Der als **Anlage 1** beigefügte Preistarif für die Museen der Hansestadt Lübeck wird beschlossen und tritt zum 1.1.2020 in Kraft.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit Mehrheit (1 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.7 Annahme einer Zuwendung der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck zugunsten der 61. Nordischen Filmtage Lübeck Vorlage: VO/2019/07929
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die von der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 50.000,00 € werden angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.8 Projektfreigabe zur Umsetzung der "Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit an den Lübecker Schulen über 175.000 Euro Vorlage: VO/2019/07946
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Freigabe des Projektes zur Umsetzung der „Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit an den Lübecker Schulen wird, unter dem Vorbehalt des Eingangs des Zuschussbescheids, erteilt.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

zu 5.9 Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018 Vorlage: VO/2019/07824
--

Es sprechen Herr Lüttke, Frau Hildebrand und der Vorsitzende. Dieser verweist auf die ausführliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss.

Beschluss:

1. Die im Bericht dargestellten Maßnahmen werden in die Haushaltsplanung 2020ff. aufgenommen, um die Jugendarbeit bedarfsgerecht und lebensweltorientiert weiterzuentwickeln.
2. Der gesamtstädtische Mehrbedarf für die Umsetzung der Maßnahmen im Haushaltsjahr 2020 beträgt 208.271 EUR.
3. Die Bürgerschaft beschließt die Einrichtung eines neuen Jugendtreffs im Hochschulstadtteil/Bornkamp.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.10 Mobilitätskonzept Travemünde Vorlage: VO/2019/07291

Der Vorsitzende erläutert, dass im Bauausschuss eine geänderte Vorlage beschlossen wurde und äußert sein Bedauern, dass das Ergebnis nicht in ALLRIS ersichtlich ist. Senatorin Hagen bekräftigt, dass der Änderungsantrag aus der VO/2019/8053 beschlossen ist.

Auf Nachfrage von Herrn Stolzenberg bestätigt Senatorin Hagen, dass an einem gesamtstädtischen Verkehrsentwicklungsplan gearbeitet wird. Das Mobilitätskonzept Travemünde wird selbstverständlich einfließen.

Es sprechen Herr Stolzenberg, Herr Steffen, Herr Lüttke und erneut Senatorin Hagen und der Vorsitzende.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft nimmt das „Mobilitätskonzept Travemünde“ inkl. Anlagen zur Kenntnis.
2. Die Bürgerschaft beschließt das Mobilitätskonzept mit seinem Maßnahmenkatalog als Rahmen für verkehrliche Maßnahmen im Stadtteil Travemünde. Das Mobilitätskonzept wird als Baustein in den Verkehrsentwicklungsplan für die Gesamtstadt einfließen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Fußgängerzone in der Vorderreihe bis zur Hauptsaison 2020 umzusetzen. Kurzfristig erfolgt 2019 eine Zusatzbeschilderung mit dem Hinweis auf besondere gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer in der Vorderreihe.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, vertiefende Untersuchungen zur Realisierung einer leistungsfähigen zweiten Haupteinfahrt Travemündes für den Kfz-Verkehr zu veranlassen.

**Der Hauptausschuss leitet die Vorlage
einstimmig ohne Votum an die
Bürgerschaft weiter.**

**zu 5.10.1 Änderungsantrag des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) zu
VO/2019/07291: "Mobilitätskonzept Travemünde"
Vorlage: VO/2019/07291-02**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Das „Mobilitätskonzept Travemünde“ inkl. Anlage wird in den folgenden Punkten verändert. Ziel dieser Änderungen ist insbesondere, auch in Travemünde die ökologische Verkehrswende voranzutreiben und die Aufenthaltsqualität vor Ort („sanfter Tourismus“) zu verbessern, indem prioritär verbesserte Anreize und Infrastruktur für die Verkehrsträger des Verkehrsverbundes (Fußgänger*innen, Fahrradfahrende, ÖPNV) geschaffen werden.

1. Eine zweite Haupteinfahrt Travemündes wird nicht geplant. Ziel und Aufgabe der Maßnahmen des Mobilitätskonzeptes ist, das Volumen des motorisierten Individualverkehrs zu reduzieren und bis 2030 auf andere Verkehrsträger umzuleiten, um die Notwendigkeit einer zweiten Haupteinfahrt zu verhindern. Wesentlicher Bestandteil dieser Maßnahmen sind:
 - a. Konzeptionierung der neuen Siedlung „Teutendorfer Weg“ als weitgehend autofreies Wohnquartier (angelehnt an Vorbilder wie Weißenburgsiedlung in Münster und Vauban in Freiburg).
 - b. Einrichtung von Park & Ride-Infrastruktur (insbesondere in Stoßzeiten) mit Außenparkplätzen am Ortsrand, z.B. Dreilingsberg und Howingsbrook, und moderner Anschlussmobilität (siehe Punkte 2 und 4).
2. Der ÖPNV in Travemünde wird ausgebaut und seine Attraktivität gesteigert. Hierzu werden insbesondere folgende Maßnahmen durchgeführt:
 - a. Tariflicher Anschluss der Priwall-Fähre an den ÖPNV, so dass der Fahrpreis in der Zone Travemünde enthalten ist, inklusive kostenloser Fahrradmitnahme.
 - b. Einrichtung eines kostenfreien Shuttle-Verkehrs (mit sehr hoher Frequenz in Stoßzeiten) zwischen Außenparkplätzen und Hauptstrand.
 - c. Sukzessive Umrüstung der Fähren auf alternative Antriebe (Elektro-Antrieb oder Brennstoffzelle).
 - d. Verbesserung des Busnetzes, insbesondere durch:
 - i. Ausweitung der Busverbindung zwischen Travemünde und Lübeck von ca. 23.30 Uhr bis ca. 4 Uhr (Linien 30/31/40).
 - ii. Deutliche Steigerung der Taktung der Busse innerhalb Travemündes (Linien 35/38).
 - iii. Ergänzung des Schnellbusses zwischen Lübeck und Travemünde um Linien mit zusätzlichen Haltestellen.
3. Die Parkpaletten auf den Parkplätzen Lotsenberg und Godewind werden, soweit noch kein Baurecht besteht, nicht gebaut. Sie würden zu einer Zunahme des motorisierten Individualverkehrs bis ins Zentrum von Travemünde führen und Architektur, Ästhetik und Aufenthaltsqualität des Seebades beeinträchtigen. Zudem erscheint eine Finan-

zierung durch private Betreiber nicht gesichert. Analog zu 1) ist die Nachfrage nach Parkplätzen durch zunehmende Nutzung des Verkehrsverbundes und ggf. durch einen Shuttle-Service zu reduzieren.

4. Innovative Zukunftstechnologien werden im Mobilitätskonzept durch gezielte Maßnahmen gefördert. Hierzu zählen:
 - a. Integration Travemüdes in ein in Lübeck zu installierendes Fahrrad- (VO/2017/05069) und E-Scooterverleihsystem.
 - b. Ausweitung von Ride-Sharing-Diensten nach Travemünde (z.B. Lümo in Lübeck oder e.GO Mover auf Sylt), insbesondere zu den Stoßzeiten.
 - c. Ausbau des Radwegenetzes für gemeinsame Nutzung mit E-Rollern.

5. Zum Ausbau der Fußweg- und Fahrradinfrastruktur und zur Förderung des Fahrradfahrens und der Fußgänger*innen werden folgende Maßnahmen durchgeführt:
 - a. Der Moorredder wird in östlicher Fahrtrichtung zur Einbahnstraße für KFZ/LKW. Zudem werden dort die Fahrradstreifen auf jeweils 2m verbreitet und baulich von der Straße getrennt.
 - b. Der Steenkamp wird zwischen Moorredder und Howingsbrook in nördlicher Fahrtrichtung zur Einbahnstraße.
 - c. Der Radverkehrsstreifen auf dem Gneversdorfer Weg Richtung Süden verläuft durchgängig auf der Fahrbahn und wird baulich durch Überfahrhemmnisse abgetrennt. Hierzu wird die Verkehrsinsel auf Höhe des Penny-Supermarktes entfernt.
 - d. Der Kowitzberg bekommt einen durchgängigen Fuß- und Radweg. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit wird reduziert.
 - e. Der Fahrradweg am Ende der Travemünder Landstr. Richtung Süden wird durchgängig ausgebaut und wird baulich durch Überfahrhemmnisse abgetrennt.
 - f. Die folgenden Wege werden landschaftsadäquat mit einem fahrradfreundlichen Belag ausgebaut:
 - i. Entlang der ehemaligen Bahnstrecke parallel des Steenkamps.
 - ii. Von An der Bäk zum Dreilingsberg/Gneversdorfer Weg.
 - iii. Vom Steenkamp bis Lembkestr./Kowitzberg.
 - g. Die unfallträchtige Kreuzung Ivendorfer Landstr./Teutendorfer Weg wird durch geeignete Maßnahmen sicherer gemacht.
 - h. Der Ostseeküstenradweg wird über die Kurgartenstr. geführt und eine baulich von der Straße getrennte Verbindung zur Kaiserallee geschaffen.
 - i. Die Eisenbahnquerung in der Rose wird für KFZ/LKW gesperrt.
 - j. Die Einfahrt in den Mühlenberg vom Gneversdorfer Weg wird für KFZ/LKW gesperrt.

6. Der geplante Überlaufparkplatz Dreilingsberg wird zum Außenparkplatz ausgebaut und erhält eine Zufahrt über den Gneversdorfer Weg.

7. Zur Inklusion von Einheimischen und Tourist*innen sind zusätzliche Maßnahmen für Barrierefreiheit notwendig. Hierzu erstellt die Verwaltung bis Ende 2019 ein ergänzendes Nachtragskonzept.

8. Der Priwall ist in ein „Mobilitätskonzept Travemünde“ einzubeziehen. Hierzu erstellt die Verwaltung bis Ende 2019 ein ergänzendes Nachtragskonzept.

**Der Hauptausschuss nimmt
Kenntnis / ohne Votum.**

**zu 5.10.2 Änderungsantrag des AM Detlev Stolzenberg Die Unabhängigen) zu
VO/2019/07291: Mobilitätskonzept Travemünde
Vorlage: VO/2019/07291-05**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1. Das Mobilitätskonzept wird als Teil eines Gesamtverkehrsplanes für Travemünde zur Kenntnis genommen.*
- 2. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Gesamtverkehrsplan mit hoher zeitlicher Priorität weiterzuentwickeln, und zwar durch Einbeziehung ergänzender und übergreifender mittel- und langfristiger Entwicklungsziele, um letztlich zu einem zukunftsorientierten Gesamtverkehrsplan für Travemünde gem. Bürgerschafts-beschluss von 2015 (VO/2015/02384) zu kommen. Wichtigster Bestandteil des Gesamtverkehrsplans ist dabei eine strategisch-konzeptionelle Ebene bis 2030 mit Zielen und Maßnahmen, die geeignet sind in Travemünde die notwendige Verkehrswende zugunsten einer nachhaltigen urbanen Mobilität herbeizuführen, die sowohl den Bedürfnissen der BürgerInnen Travemündes, der Travemünder Wirtschaft als auch der Touristen entspricht.*
- 3. Wesentlicher Teil eines Gesamtverkehrsplans wird die Erstellung eines strategischen Konzeptes zur Reduzierung des PKW-Verkehrs sein. Dafür wird die Beteiligungsform einer beratenden Arbeitsgruppe vorgeschlagen (AG Verkehrswende). Die Arbeitsgruppe tagt grundsätzlich öffentlich.*
- 4. Die im Mobilitätskonzept angeführten Einzelmaßnahmen sind an den Zielen des Gesamtverkehrsplanes auszurichten. Bis dahin sind ausschließlich Maßnahmen umzusetzen, die notwendig sind, um die Sicherheit und die Funktionsfähigkeit des Verkehrs aufrechtzuerhalten.*
- 5. Der Bürgermeister wird beauftragt, vertiefende Untersuchungen zur Realisierung einer leistungsfähigen zweiten Haupterschließung Travemündes für den Kfz-Verkehr zu veranlassen.*

***Der Hauptausschuss nimmt
Kenntnis / ohne Votum.***

**zu 5.11 Vorgaben Wettbewerb Schlachthof
Vorlage: VO/2019/07765**

Der Vorsitzende teilt mit, dass auch hier der Wortlaut des Bauausschussergebnisses nicht vorliegt, er schlägt vor, die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weiterzuleiten.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Wettbewerb für das ehemalige Schlachthofareal und die direkt angrenzenden Bereiche entsprechend der Varianten 1 auszuloben.

***Der Hauptausschuss leitet die Vorlage
mehrheitlich mit 3 Gegenstimmen
ohne Votum an die Bürgerschaft weiter.***

zu 5.12 Rahmenplan Innenstadt mit Mobilitätskonzept
Vorlage: VO/2019/07798

Der Vorsitzende schlägt vor die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weiterzuleiten.

Beschluss:

1. Der Rahmenplan Innenstadt mit Mobilitätskonzept wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Rahmenplan Innenstadt aufgestellten Ziele weiteren Planungen zugrunde zu legen.
3. Auf Basis des Stufenkonzeptes werden die erforderlichen Verfahren für die zur Zielerreichung entwickelten Maßnahmen und Projekte eingeleitet.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt für die beiden Schlüsselprojekte der ersten Stufe (Beckergrube und Rathaus-/Marienumfeld) städtebaulich-freiraumplanerische Wettbewerbe auszuloben.
5. Nach der Umsetzung der in Stufe 1 aufgeführten Projekte werden die Auswirkungen der Planung evaluiert und ggf. notwendige Anpassungen bzw. Ergänzungen vorgenommen und der Bürgerschaft vorgelegt.

Der Hauptausschuss leitet die Vorlage einstimmig ohne Votum an die Bürgerschaft weiter.

zu 5.13 Freigabe zur Fortsetzung des Projektes "Berufsschulzentrum Georg-Kerschensteiner-Straße, Sanierung Brandschutz und LED-Beleuchtung, Georg-Kerschensteiner-Straße 25-29 in 23554 Lübeck, aufgrund einer Überschreitung der Projektkosten von >175.000 EUR des veranschlagten Gesamtbudgets
Vorlage: VO/2019/07934

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Baumaßnahmen am Hauptgebäude des Berufsschulzentrums Georg-Kerschensteiner-Straße werden mit Mehrkosten von 250.000,- EUR fortgesetzt. Die Projektgesamtkosten (PSK 111029 311 7851000) in Höhe von 4.977.000,- EUR werden um weitere 250.000,- EUR aufgestockt.

Die haushaltsmäßige Ordnung der voraussichtlichen Mehrauszahlungen in Höhe von 250.000,- EUR ist im Haushaltsplan 2019 und 2020 herzustellen. Die Kostendeckung ist durch Mittelübertragung aus dem PSK 111029 002 7851000R (Verwaltungsgebäude Mühlendamm, Brandschutzmaßnahmen) in Höhe von 250.000,- EUR gegeben.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

zu 5.14 Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019 für das Projekt Albert-Schweitzer-Schule
Vorlage: VO/2019/07940

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Im Haushaltsjahr 2019 wird für das Projekt „Albert-Schweitzer-Schule/Umbau/Erweiterung“ – Produktsachkonto 111029.269.7851 Gebäudemanagement – eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.350.000,- EUR zu Lasten des Haushaltsjahres 2020 gem. § 95 f Abs. 1 GO SH außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Die Deckung erfolgt aus dem Produktsachkonto 111029.353.7851 Gebäudemanagement - „Trave GGS Kirchplatz 7 - Grundinstandsetzung“ in Höhe von 1.200.000,- EUR und aus dem Produktsachkonto 552001.554.7851 Lübeck Port Authority - „Skandikai, Bau von 2 Papierhallen“ in Höhe von 1.150.000,- EUR.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.15 Richtungsentscheidung für das weitere Vorgehen beim Parkhaus Holstentor Vorlage: VO/2019/07944

Der Vorsitzende teilt mit, dass auch hier der Bauausschuss eine geänderte Vorlage beschlossen hat. Senatorin Hagen verliest den im Bauausschuss beschlossenen Wortlaut.

Herr Prieur ergänzt die vorgesehene Parkbreite soll 2,50 m betragen.

Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass es sich hier nur um eine Richtungsentscheidung handelt, in welche Richtung die Verwaltung weiter prüfen soll.

Herr Lüttke erbittet den Nachweis der Wirtschaftlichkeit des Betriebes des Parkhauses Holstentor zum Protokoll des Bauausschusses.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt die Varianten D und E weiterzuverfolgen.

Der Hauptausschuss leitet die Vorlage einstimmig ohne Votum an die Bürgerschaft weiter.

zu 5.16 Anmietung: Einsiedelstraße 6, 23554 Lübeck - Öffentlicher Teil -

In diesem neuen TOP wird der öffentliche Teil der nichtöffentlichen Vorlage **VO/2019/7823** beraten.

Herr Hatscher erläutert den Bedarf der Stadtbibliothek an neuen Räumlichkeiten für das Magazin der Stadtbibliothek, da die derzeit genutzten Räume auf dem Priwall geräumt werden müssen.

Die „große Lösung“ Lübecker Wissensspeicher kommt nicht mehr in Betracht. Seit ca. 10 Jahren werden immer wieder Räumlichkeiten geprüft und verworfen. Die erforderliche Fläche wäre so groß, dass das Projekt nicht umsetzbar ist. Daher soll jetzt eine Lösung nur für die Stadtbibliothek erfolgen.

Herr Reinhardt und Frau Duggen verlassen um 18:18 Uhr den Sitzungsraum und betreten diesen um 18:24 bzw. 18:23 Uhr wieder.

Es sprechend – zum Teil mehrfach – Herr Fürter, Herr Rathcke, Herr Lüttke, Herr Dr. Flasbarth, Herr Steffen, Herr Stolzenberg, Bürgermeister Lindenau, Herr Prieur, Frau Duggen

und der Vorsitzende.

Herr Simon und Herr Prieur verlassen um 18:24 Uhr den Sitzungsraum und betreten diesen um 18:27 bzw. 18:28 wieder.

Herr Fürter verlässt die Sitzung um 19:33 Uhr. Herr Dr. Flasbarth übernimmt die Vertretung von Herrn Fürter.

Herr Lüttke ist zwischen 18:29 und 18:33 nicht in der Sitzung anwesend.

Bürgermeister Lindenau verweist auf die ausführliche Diskussion im Februar im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege.

Herr Prieur beantragt die Rednerliste zu schließen. Darüber lässt der Vorsitzende nach Feststellung der noch vorliegenden Wortmeldungen abstimmen.

**Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich
(5 Gegenstimmen, 1 Enthaltungen)
die Rednerliste zu schließen.**

Herr Stolzenberg beantragt die Vertagung der Vorlage. Dies ist nach Hinweis des Vorsitzenden hier nicht möglich, da es sich um eine nichtöffentliche Vorlage handelt.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.17 Feuerwehrgerätehäuser Kronsforde und Groß Steinrade - Öffentlicher Teil -

In diesem neuen TOP wird der öffentliche Teil der nichtöffentlichen Vorlage **VO/2019/07959** beraten.

Es sprechen Herr Radtcke und Herr Stolzenberg und merken an, dass die Planung zum Bau der Feuerwehrgerätehäuser sehr lange dauert und nach mehreren Jahren noch nicht mal mit dem Bau begonnen wurde.

Herr Simon verlässt den Sitzungssaal um 18:59 Uhr und betritt diesen um 19:02 Uhr wieder. Herr Puschadel ist von 19:01 Uhr bis 19:04 Uhr nicht im Sitzungssaal anwesend.

Herr Stolzenberg beantragt die Zielvereinbarung „die Feuerwehrgerätehäuser sind bis zum Jahr 2022 fertiggestellt“ in die Vorlage einzuarbeiten. Der Vorsitzende erläutert, dass die Vorlage im nichtöffentlichen Teil abschließend besprochen wird und damit erst zu diesem Zeitpunkt Anträge gestellt werden können.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

Es liegt nichts vor.

zu 7	Anträge von Ausschussmitgliedern
-------------	---

zu 7.1	Antrag des Ausschussmitglieds Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kommunales Crowdfunding Vorlage: VO/2019/08005
---------------	---

Es sprechen - zum Teil mehrfach -Frau Duggen, Bürgermeister Lindenau, Herr Rathcke, Herr Puschadel und der Vorsitzende.

Der Vorsitzende und Herr Puschadel schlagen vor, die Anfrage als Arbeitsmaterial an den Aufsichtsrat der Stadtwerke zu verweisen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftervertreter der Stadt darauf hinzuwirken, dass die Stadtwerke Lübeck GmbH bis November 2019 ein Konzept zur Teilnahme an der Aktion „kommunales Crowdfunding“ erstellt und dieses spätestens ab Januar 2020 umsetzt.

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis und verweist diesen als Arbeitsmaterial in den Aufsichtsrat der Stadtwerke.

zu 8	Gleichstellung
-------------	-----------------------

Es liegt nichts vor.

zu 9	Verschiedenes
-------------	----------------------

Es liegt nichts vor.

zu 10	Ende des öffentlichen Teils
--------------	------------------------------------

Der Vorsitzende schließt um 17:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17:46 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Herr Stolzenberg beantragt die Zuordnung der TOP 14.7 und 14.8 zum öffentlichen Teil der Sitzung und begründet diesen.

Es sprechen – zum Teil mehrfach – Herr Stolzenberg, Herr Prieur, Herr Lüttke, Herr Fürter, Herr Dr. Flasbarth, Herr Reinhardt, Herr Krause, Frau Duggen, Bürgermeister Lindenau, Frau Voskuhl, Herr Puschadel und der Vorsitzende.

Der Vorsitzende stellt den Antrag auf getrennte Beratung der Vorlagen 14.7 und 14.8. Die inhaltliche Beratung der Grundsatzfragen soll im öffentlichen Teil erfolgen, Detailfragen und die Vorlageninhalte sollen nichtöffentlich beraten werden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen

***Der Hauptausschuss beschließt
einstimmig gemäß Antrag.***

Sodann lässt der Vorsitzende über die Zuordnung des TOP 14.7 und TOP 14.8 zum nichtöffentlichen Teil abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich (1 Gegenstimme)
der nichtöffentlichen Behandlung
des TOP 14.7 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich (1 Gegenstimme)
der nichtöffentlichen Behandlung
des TOP 14.8 zu.***

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit um 18:17 Uhr wieder her.

Nach den Diskussionen zu TOP 15.16 und 15.17 stellt der Vorsitzende um 19:03 die Nichtöffentlichkeit wieder her.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

Lübeck, den 16. September 2019

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Andrea Lange
Protokollführung



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
21. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 10.09.2019
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:46 Uhr
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Peter Petereit- SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD	bis 18:13 Uhr / TOP 3.1
Thorsten Fürter- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis 19:39 Uhr / TOP 14.1
Anka Grädner- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Birte Duggen
Dagmar Hildebrand- CDU	
David Jenniches- AfD	
André Kleyer- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Ulrich Krause- CDU	
Thomas Misch- FREIE WÄHLER & GAL	bis 19:00 Uhr / TOP 3.6
Oliver Prieur- CDU	
Thomas Rathcke- FDP	
Peter Reinhardt- SPD	
Bernhard Simon- CDU	
Detlev Stolzenberg- Die Unabhängigen	
Katjana Zunft- Die Linke	
Antje Jansen- FREIE WÄHLER & GAL	ab 19:00 Uhr / TOP 4.1 Vertretung für Herrn Misch
Ingo Schaffenberg- SPD	ab 18:13 Uhr / TOP 3.1 Vertretung für Frau Schopenhauer
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Lothar Möller- BfL	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Bruno Hönel- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	anwesend bis 18:50 Uhr / TOP 3.6
Dr. Axel Flasbarth- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	anwesend bis 19:10 Uhr / TOP 3.1
Christopher Lötsch- CDU	anwesend bis 18:36 Uhr / TOP 3.1
Ulrich Pluschkell- SPD	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr

Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau- FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen- FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth- 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tim Klüssendorf- 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Markus Toll-	anwesend bis 19:29 Uhr / TOP 13.2
Tatjana Voskuhl- 1.300 Recht	
Aiko Wagner- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Dennis Bunk- 5.651 Gebäudemanagement	anwesend bis 19:29 / TOP 13.2
Stefan Dr. Ivens- 1.101.4 Sul	anwesend bis 18:36 Uhr / TOP 3.1
Edgar Hamerich- Personalrat FB 1	anwesend bis 18:34 Uhr / TOP 3.1
Marion Höfs- FBC FB 2	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Ronny Hopp- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Thomas Manke- Strategie und Innovation	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Mirjam Ohlsen- 4.040 FBC FB 4	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Elke Sasse- Frauenbüro	
Christian Schwandt- Geschäftsführender Theaterdirektor, Theater Lübeck gGmbH	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Melanie Wöhlk- 3.322 Melde- und Gewerbeangelegenheiten	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann- Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse-	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer-	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 19:24 Uhr
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm- Seniorenbeirat	anwesend bis 19:29 Uhr / TOP 13.2
Jürgen Cladow- Seniorenbeirat	anwesend bis 19:29 Uhr / TOP 13.2
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2019
3.	Beschlussvorlagen
3.1.	Haushaltsplan 2020 Vorlage: VO/2019/08082
3.2.	Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07877
3.3.	Haushaltsplan der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07933
3.4.	Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-WS-VT für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07966
3.5.	Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07978
3.6.	Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen Vorlage: VO/2019/08002
4.	Berichte
4.1.	Jahresbericht 2018 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/07973
4.2.	Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Maßnahmen des Konsolidierungskonzeptes 2012 - 2018 Vorlage: VO/2019/07992
4.3.	Beschaffung einer Software zur Modellierung von Verwaltungsprozessen Vorlage: VO/2019/07963
4.4.	2. Zwischenbericht 2019 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08080
5.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
5.1.	Antwort auf die mdl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Ausgaben für Radwege

	Vorlage: VO/2019/07962
5.2.	Anfrage des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kostenloses kommunales W-Lan Vorlage: VO/2019/08119
5.3.	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zu bestehenden Mietverträgen der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08132
5.4.	Anfrage des BM Antje Jansen: Kletterpark in Travemünde/auf dem Priwall Vorlage: VO/2019/08143
5.5.	Anfrage des stellv. AM Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd (2) Vorlage: VO/2019/08158
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.	Gleichstellung
9.	Verschiedenes
10.	Ende des öffentlichen Teils
16.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aufgrund der besonderen räumlichen Begebenheiten für die heutige Sitzung von der gewohnten Sitzungsordnung abgewichen wird.

Weiterhin weist der Vorsitzende darauf hin, dass am Eingang zum Bürgerschaftssaal eine Anwesenheitsliste ausliegt, in welche sich bitte alle anwesenden Mitglieder der Fachausschüsse eintragen mögen.

Der Vorsitzende kündigt an, dass nach der Beratung der Tagesordnungspunkte unter TOP 3 eine kurze Pause vorgesehen sei.

Anschließend weist der Vorsitzende darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

Öffentlicher Teil

TOP 5.3 VO/2019/08132

Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zu bestehenden Mietverträgen der Hansestadt Lübeck

TOP 5.4 VO/2019/08143

Anfrage des BM Antje Jansen: Kletterpark in Travemünde/auf dem Priwall

TOP 5.5 VO/2019/08158

Anfrage des stellv. AM Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd (2)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.

Herr Böhm beantragt die Teilnahme des Seniorenbeirates an der Beratung zu TOP 13.2. Der Vorsitzende modifiziert den Antrag dahingehend, dass eine Teilnahme des Seniorenbeirates an der Beratung zu TOP 13.2 ausschließlich für den Teil erfolgt, welcher die Senioreneinrichtungen betreffe. Der Vorsitzende lässt über den modifizierten Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2019
-------------	---

Die Niederschrift lag nicht zur Sitzung vor.

Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der Niederschrift zurück.

zu 3	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 3.1	Haushaltsplan 2020 Vorlage: VO/2019/08082
---------------	--

Der Vorsitzende verweist auf den umverteilten Ablaufplan zur Haushaltsberatung. Der Ablaufplan ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Weiterhin weist der Vorsitzende darauf hin, dass sachliche Nachfragen zugelassen seien, jedoch keine Diskussionen.

Die Haushaltsplanung 2020 wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau und Herrn Uhlig anhand einer ppt.-Präsentation vorgestellt. Die ppt.-Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Eine Nachfrage von Frau Zunft betreffend die Prioritätenliste wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Es wird um Berichterstattung über jene Maßnahmen gebeten, die aus fachlicher Sicht erforderlich sind, aber nicht im Haushalt 2020 abgebildet wurden.

Es folgt eine Nachfrage von Herrn Fürter betreffend die Berücksichtigung des Klimaschutzes in der Prioritätenliste. Auch diese Nachfrage wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Im Anschluss an die Präsentation dankt Herr Bürgermeister Lindenau allen Mitarbeiter*innen und Kolleg*innen, die an der Aufstellung des Haushaltes 2020 mitgewirkt haben.

Es folgen Fragen gemäß dem vorliegenden Ablaufplan für folgende Bereiche:

a) Fragen zum Gesamthaushalt:

Eine Nachfrage von Herrn Simon betreffend die flexible Bewirtschaftung wird durch Herrn Uhlig beantwortet.

Herr Dr. Flasbarth bittet um eine Prognose für das Jahr 2019. Herr Uhlig verweist hierzu auf

den 2. Zwischenbericht für 2019, welcher der heutigen Sitzung unter TOP 4.4 vorliege.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend die Zinsquote, wird ebenfalls durch Herrn Uhlig beantwortet.

Zwei Nachfragen von Herrn Fürter betreffend die steigende Personalintensität werden durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Herr Uhlig beantwortet eine Nachfrage von Herrn Jenniches zur pro-Kopf-Verschuldung.

Herr Stolzenberg bittet um Mitteilung, ob eine Betrachtung vorgenommen wurde, welche zusätzlichen Belastungen aufgrund von obergesetzlichen Forderungen auf die Kommune zugekommen sind, insbesondere im Hinblick auf die Einführung des neuen Bundesteilhabegesetzes. Herr Uhlig verweist hierzu, auf die noch folgenden Ausführungen zu den Erstattungsquoten von Transferleistungen unter den Darstellungen zu den Finanzen des Fachbereiches 2.

b) Fragen zu Finanzen des Fachbereichs Bürgermeister:

Herr Fürter bittet um Mitteilung, welche Projekte der LHG beim Beteiligungscontrolling begleitet werden sollen. Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine Beantwortung zu.

Auf Nachfrage von Herr Prieur, wird der Begriff „dezentrales Personal“ durch Herrn Uhlig erläutert.

Eine Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die überproportionalen Veränderungen der Abschreibungen, insbesondere bei der Geschäftsführung der Verwaltungsleitung, wird durch Herrn Uhlig, sowie ergänzend durch Herrn Bürgermeister Lindenau, beantwortet.

Eine Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend die Aufgaben der Mitarbeiter*innen von Strategie und Innovation wird durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Weiterhin beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau eine Nachfrage von Herrn Prieur betreffend einen Bericht über die Umsetzung der personalpolitischen Eckpunkte.

c) Fragen zu Finanzen des Fachbereiches Wirtschaft und Soziales:

Herr Uhlig greift in den einführenden Worten zu den Finanzen des Fachbereiches 2 die von Herrn Stolzenberg unter den Ausführungen zum Gesamthaushalt angeführte Frage zu den Erstattungsquoten von Transferleistungen auf.

Eine Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die Reduzierung der Summe bei den sozialen Transferleistungen wird durch Herrn Uhlig beantwortet.

Die Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Prieur betreffend die Auswirkungen der rückläufigen Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen des SGB II auf das Personal erfolgt durch Herrn Senator Schindler.

Weiterhin beantwortet Herr Senator Schindler eine Nachfrage von Herrn Fürter betreffend kurzfristige Maßnahmen zur Unterbindung eines steigenden Defizites bei den Senioreneinrichtungen.

Frau Höfs beantwortet eine Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend Kosten in Höhe von ca. 70,5 Millionen Euro im Rahmen der Darstellungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

d) Fragen zu Finanzen des Fachbereiches Umwelt, Sicherheit und Ordnung:

Herr Senator Hinsen beantwortet eine Nachfrage von Herrn Simon betreffend das Vorziehen und Ausweiten der Investitionen für die technische Ausstattung der Feuerwehr und des Rettungsdienstes.

Weiterhin beantwortet Herr Senator Hinsen zwei Nachfragen von Herrn Fürter betreffend den Ordnungsdienst und den Bürgerservice.

Eine Nachfrage von Herrn Prieur betreffend die Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit wird von Herrn Senator Hinsen, sowie ergänzend von Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Herr Senator Hinsen beantwortet im weiteren Verlauf zwei Nachfragen von Herrn Dr. Flasbarth betreffend den Ordnungsdienst.

Nachfragen von Herrn Lötsch betreffend den geplanten Bau neuer Feuerwehrturme in Kücknitz und in Kronsforde werden ebenfalls durch Herrn Senator Hinsen beantwortet. Für die Nachfrage, ob für die Maßnahme „Neubau Feuerwehr Gerätehaus Kronsforde“, 126001 013, entgegen der Abbildung im Investitionsplan zu diesem Projekt (Planungs-)Mittel im Haushalt 2020 vorhanden sind, sagt Herr Senator Hinsen eine Beantwortung zu. Weiterhin bittet Herr Lötsch um Mitteilung, wie die Fertigstellung der Maßnahme Neubau Feuerwache 3 (insb. Außenanlage) vorgesehen ist, ohne dass hierzu Mittel im Haushalt 2020 eingeplant sind? Herr Hinsen sagt hierzu ebenfalls eine Beantwortung zu.

e) Fragen zu Finanzen des Fachbereiches Kultur und Bildung:

Eine Nachfrage von Frau Zunft betreffend die sinkenden Ausgaben für die Kinder- sowie Ganztagsbetreuung wird durch Frau Senatorin Weiher, sowie durch Herrn Uhlig beantwortet.

Herr Hönel bittet um Mitteilung, wie viele Stellen konkret für die Schulsozialarbeit geschaffen werden? Frau Senatorin Weiher sagt eine Beantwortung zu.

Eine Nachfrage von Frau Grädner betreffend die Differenzen von Frau Weiher zu Herrn Uhlig betreffend die Berechnung des Haushaltsbudgets für den Fachbereich 4 wird durch Frau Senatorin Weiher beantwortet.

Es spricht der Vorsitzende.

Herr Bürgermeister Lindenau verweist auf den 2. Zwischenbericht 2019.

Die Beantwortung zweier Nachfragen von Herrn Simon betreffend die Übertragung von Sollstellen aus dem Fachbereich 5 in den Fachbereich 4, sowie betreffend nachrichtliche Planstellen erfolgt durch Frau Senatorin Weiher, sowie durch Herrn Uhlig.

Auf Nachfrage von Herrn Lötsch betreffend die dargestellten Gesamtkosten, teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass es sich bei den dargestellten Gesamtkosten um realistische Kosten nach dem heutigen Planungsstand handle.

Die Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Stolzenberg betreffend die Veränderungsliste zum Stellenplan des Bereiches Archäologie und Denkmalpflege erfolgt durch Frau Senatorin Weiher.

Es folgt Herr Dr. Flasbarth mit drei Fragen betreffend das Theater Lübeck.

Der Vorsitzende untersagt die Beantwortung der Frage 2, welche an Herrn Schwandt als Geschäftsführer gerichtet ist.

Die beiden weiteren Fragen werden durch Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Frau Zunft schließt eine weitere Nachfrage zum Theater Lübeck an, deren Beantwortung

durch Frau Senatorin Weiher erfolgt.

Herr Prieur bittet um Mitteilung, ob Mittel für den Neubau einer Turnsporthalle in Kücknitz eingestellt worden sind.

Der Vorsitzende merkt an, dass eine Aufführung dieser Mittel gegebenenfalls in der Auflistung des Fachbereiches 5 erfolgt sei.

Auf Anmerkung von Herrn Fürter betreffend die Aufführung von Drittmitteln, erläutert Herr Bürgermeister Lindenau, dass die Aufführung von Drittmitteln lediglich zu erfolgen habe, sofern eine Zusage für diese vorliege.

f) Fragen zu Finanzen des Fachbereiches Planen und Bauen:

Eine Nachfrage von Herrn Simon betreffend die Nettoneuschaffung von Stellen wird durch Frau Senatorin Hagen und Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Weiterhin beantwortet Frau Senatorin Hagen Nachfragen von Herrn Lötsch zum zusätzlichen Personalbedarf zur Erreichung der angegebenen Umsetzungsquote bei den Investitionsmaßnahmen in Höhe von 60%.

Herr Lötsch bittet zudem um Mitteilung, wie es vorgesehen ist, die Politik über die im Wege der angestrebten flexiblen Bewirtschaftung der Investitionen vorgenommen Verschiebungen im Haushalt zu informieren. Frau Senatorin Hagen teilt hierzu mit, dass an einem Berichtssystem gearbeitet werden müsse. Herr Bürgermeister Lindenau führt hierzu erläuternd aus, dass eine flexible Bewirtschaftung nur innerhalb der Maßnahmen möglich sei, welche bereits im Haushalt enthalten seien. Nach Ausarbeitung eines Berichtssystems erfolge eine entsprechende Information hierzu.

Weiterhin stellt Herr Lötsch eine Nachfrage betreffend Gerüsten an Gebäuden, welche durch Frau Senatorin Hagen beantwortet wird.

Herr Lötsch bittet im weiteren Verlauf um Auskunft, ob die Maßnahme „Radweg in der Straße An den Schießständen“ enthalten ist im Haushalt 2020. Es wird darum gebeten mitzuteilen, an welcher Stelle im Haushaltsplan dieses Projekt geordnet ist.

Frau Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung zu

Zudem bittet Herr Lötsch um Berichterstattung zu den nicht umzusetzenden Investitionsmaßnahmen aus 2019.

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen - Herr Lötsch, Frau Senatorin Hagen, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Plusckell.

Eine Nachfrage von Herrn Plusckell betreffend den Bau einer Stadtgrabenbrücke wird durch Frau Senatorin Hagen beantwortet.

Weiterhin bittet Herr Plusckell um Aufklärung, wo die Mittel für das vor Jahren beschlossene Parkhaus/Parkpalette in Travemünde verblieben sind (Volumen 1,2 Mio. €).

Frau Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung zu.

Herr Prieur bittet erneut um Mitteilung, ob Mittel für den Neubau einer Turnsporthalle in Kücknitz eingestellt worden sind.

Frau Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung zu.

Der Vorsitzende empfiehlt, die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft zu reichen und lässt hierüber abstimmen.

Beschluss:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan
dem Vorbericht
ge 2 dem Stellenplan sowie
ge 3 dem Beteiligungsbericht
ge 4 wird beschlossen. Anlage 1
Anla-
Anla-
Anla-
2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten ohne Interne Leistungsabrechnung
werden zur Kenntnis genommen. Anlage 5
Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2020 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
3. Ergänzend wird die Fortsetzung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gemäß Haushaltsbegleitbeschluss 2019 in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein zu schließenden Konsolidierungsvertrag
wie auch die Durchführungsbestimmungen zur Bewirtschaftung des Haushalts
beschlossen. Anlage 6
Anlage 7
4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 180 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen
5. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

- | | | | |
|----|---|-------------|-----|
| 1. | im Ergebnisplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 856.117.200 | |
| | EUR | | |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 874.439.900 | |
| | EUR | | |
| | einen Jahresüberschuss von | | |
| | einen Jahresfehlbetrag von | 18.322.700 | EUR |
| 2. | im Finanzplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender | | |
| | Verwaltungstätigkeit auf | 827.690.100 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender | | |
| | Verwaltungstätigkeit auf | 817.986.100 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | | |
| | und der Finanzierungstätigkeit auf | 113.894.400 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | | |
| | und der Finanzierungstätigkeit auf | 194.507.900 | EUR |

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | | | |
|----|--|-------------|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 66.385.500 | |
| | EUR | | |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 60.401.500 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 360.000.000 | EUR |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 3.708,883 | |

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

- | | | | |
|----|---|-----|---|
| 1. | Grundsteuer | | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 400 | % |
| | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 500 | % |
| 2. | Gewerbsteuer | 450 | % |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2020 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2019 (3.566,937 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2020 um die sich aus der Anlage 3 ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020** festgesetzt: **3.708,883 Planstellen.**

Der Hauptausschuss leitet die Vorlage einstimmig ohne Votum an die Bürgerschaft weiter.

zu 3.2 Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: VO/2019/07877

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

- einem Gesamtbetrag der Erträge von **2.241.000 €**
- einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von **2.241.000 €**
einem Jahresüberschuss/ Fehlbetrag von **0 €**

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.179.200 €**
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.142.000 €**
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit **500 €**

- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanztätigkeit **55.200 €**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 3.3 Haushaltsplan der Stiftung Haus der Jugend für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07933

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVObI. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. Januar 2018 (GVObI. Schl.-H. S. 6) hat die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 26.09.2019 den Haushaltsplan für das Jahr 2020 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	74.500 €
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	74.500 €
einem Jahresüberschuss von	0 €
einem Jahresfehlbetrag von	0 €

Im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	6.400 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	5.600 €
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 €

Auf die Ausführung des Haushaltsplanes finden die Durchführungsbestimmungen zur Haushaltssatzung der Hansestadt Lübeck sinngemäß Anwendung.

Die Stiftung HAUS DER JUGEND bezweckt Einrichtungen der Jugendpflege zu schaffen, zu unterhalten und zu fördern.

Der Bereich Jugendarbeit / Jugendamt verwaltet die Stiftung gem. § 5 der Stiftungssatzung in der Fassung vom 29. April 1976.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 3.4 Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-WS-VT für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: VO/2019/07966

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die Handlungsvorstellungen der Verwaltung zur zukünftigen Gestaltung der Entwicklungen teilt Herr Senator mit, dass die aktuelle Kapitalmarktlage dazu führe, dass keine zusätzlichen Erträge durch Zinsen erzielt werden. Eine aufgezeigte Maßnahme sei die Erhöhung der Mieterträge. Zusätzliche Erträge durch vermehrten Holzeinschlag seien nicht gewollt.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Rathcke, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Senator Schindler.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein werden die Haushaltspläne für das **Haushaltsjahr 2020** wie folgt festgesetzt:

1. für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.392.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.717.200	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	324.800	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.309.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.222.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	10.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	179.400	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

2. für die Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	240.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	349.100	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	108.400	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	240.600	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	349.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.800	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

3. für die Westerauer Stiftung

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	12.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	13.400	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	1.200	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	12.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	13.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

II.

- | | | | |
|----|--|---|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

4. für die Stiftung Kriegsoferdank

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	576.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	535.400	EUR
	einen Jahresüberschuss von	40.600	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	575.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	444.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	112.000	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

5. für die Stiftung Lübecker Wohnstifte

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	93.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	539.900	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	446.400	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	93.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	429.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	24.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	21.400	EUR

II.

- | | | | |
|----|--|---|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

6. für die Stiftung Vereinigte Testamente

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	2.141.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.480.500	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	338.600	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.141.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.140.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	18.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	435.300	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig (bei 1 Enthaltung), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 3.5 Haushaltsplan der Stiftung "Lübecker Altstadt" für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: VO/2019/07978
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Stiftung „Lübecker Altstadt“ für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

im Ergebnisplan mit

- einem Gesamtbetrag der Erträge auf 700,-- Euro
- einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 1.800,-- Euro
- einem Jahresüberschuss von 0,-- Euro

- einem Jahresfehlbetrag von 1.100,-- Euro

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 700,-- Euro
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 500,-- Euro
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit 0,-- Euro

Herr Jenniches bittet um Beantwortung folgender Nachfragen:

1. In der Vorlage wird ein Betrag in Höhe von 275.000 Euro als Hochrechnung für die Rücknahmen genannt. Wie viele Verpflichtungsgeber und wie viele Verpflichtungsermächtigungen umfasst dieser Betrag?
 2. Als Niederschlagungsgrund wird unter anderem die mangelnde Leistungsfähigkeit des Verpflichtungsgebers zum Zeitpunkt der Abgabe der Verpflichtung genannt. Wie oft von den genannten Fallzahlen ist dieser Niederschlagungsgrund einschlägig?
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit 0,-- Euro

Auf die Ausführung des Haushaltsplans finden die Durchführungsbestimmungen zur Haushaltssatzung der Hansestadt Lübeck sinngemäß Anwendung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

<p>zu 3.6 Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen Vorlage: VO/2019/08002</p>
--

Herr Senator Schindler sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck schließt sich der Weisung 201903003 der Bundesagentur für Arbeit vom 01.03.2019 - Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme - auf der Grundlage des Schreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29. 1. 2019 an.

Der Hauptausschuss stellt die weitere Beratung der Vorlage (bei 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 24.09.2019 zurück.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Jahresbericht 2018 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2019/07973**

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.***

**zu 4.2 Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Maßnahmen des Konsolidierungskonzeptes 2012 - 2018
Vorlage: VO/2019/07992**

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.***

**zu 4.3 Beschaffung einer Software zur Modellierung von Verwaltungsprozessen
Vorlage: VO/2019/07963**

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.***

**zu 4.4 2. Zwischenbericht 2019 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2019/08080**

Herr Bürgermeister Lindenau verweist – insbesondere aufgrund der unter TOP 3.1 vorangegangenen Diskussion zu den Personalkosten – auf die Seite 3 des Berichtes, welche eine Verbesserung bei den Fachbereichsbudgets in Höhe von 7,6 Millionen Euro ausweist. Abweichungen in dieser Größenordnung gilt es für die kommenden Haushaltsplanungen zu vermeiden. Es gehe nicht um die Kürzung von Leistungen, sondern um die Erzielung eines realen Ergebnisses zwischen Planung und IST-Abrechnung.

Es spricht Herr Simon.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass er – auch vor dem Hintergrund des vorliegenden Zwischenberichtes - zuversichtlich sei ohne eine Budgetausweitung alles auskömmlich zu finanzieren.

Frau Senatorin Weiher verweist auf die auf Seite 6 des Zwischenberichtes dargestellte geringe Abweichung des Fachbereiches 4 bei den Zuschussbudgets.

Herr Bürgermeister Lindenau macht deutlich, dass er die Verantwortung für die Gesamthaus-

halt trage und sichert zu, dass zu jederzeit jede Pflichtaufgabe erfüllt werde.

Auf Kritik von Frau Zunft betreffend die Kürzung des Budgets für die Kinderbetreuung, führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass freiwillige Ausgaben zur Qualitätsverbesserung im Rahmen des Konsolidierungsvertrages nicht möglich seien. Sofern die Bürgerschaft die Ausweitung freiwilliger Aufgaben beschließe, bedeute dies gleichzeitig eine Kürzung von Ausgaben an anderer Stelle.

Es spricht Herr Rathcke.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass er jederzeit bereit sei, zu Fragen der Buchung und Finanzierung Auskunft zu erteilen.

Auf Nachfrage von Frau Grädner teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Prioritätenliste im Senat diskutiert und beschlossen worden sei.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
-------------	--

zu 5.1	Antwort auf die mdl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Ausgaben für Radwege Vorlage: VO/2019/07962
---------------	--

Keine Wortmeldung.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 5.2	Anfrage des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kostenloses kommunales W-Lan Vorlage: VO/2019/08119
---------------	--

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 5.3	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zu bestehenden Mietverträgen der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08132
---------------	--

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 5.4 Anfrage des BM Antje Jansen: Kletterpark in Travemünde/auf dem Priwall
Vorlage: VO/2019/08143**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

***Der Hauptausschuss nimmt
die Anfrage zur Kenntnis.***

**zu 5.5 Anfrage des stellv. AM Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Grund-
stücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd (2)
Vorlage: VO/2019/08158**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

***Der Hauptausschuss nimmt
die Anfrage zur Kenntnis.***

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:24 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:25 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

Lübeck, den 24. September 2019

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung